

INTERVIEW Hannes Androsch lässt nichts auf den Euro kommen und spricht sich gegen eine Börseumsatzsteuer aus



„Man hat ja nicht Griechenland gerettet, sondern unsere Banken“

Hannes Androsch, Industrieller und Ex-Finanzminister, macht sich für den Euro stark und vergleicht die Rettung der Banken mit jener von Griechenland und Kärnten.

WirtschaftsBlatt: Die Wirtschaftswoche covert diese Woche mit einer Todesanzeige für den Euro. Ist der Euro tot?

Hannes Androsch: Da kann ich nur mit dem Zitat von Mark Twain antworten: „Die Nachricht von meinem Ableben ist noch verfrüht.“ Die „Financial Times“ schreibt zu Recht, warum man sich über den Kursverlust aufregt: Wir sind eingestiegen bei 1,18 gegenüber dem Dollar, 2000 war er bei 0,82 und dann auf unangemessenen 1,57. Ein vernünftiger Kurs liegt in der Bandbreite 1,50 bis 1,25.

Brauchen wir eine europäische Wirtschaftspolitik aus einer Hand?

Die EU-Integration ist unbestritten ein erfolgreiches Friedensprojekt, das uns Wohlstand gebracht hat. Zur Währungsunion gehört ebenso eine Wirtschafts- und Finanzunion. Die fehlt. Die Maastricht-Kriterien waren eine unzulängliche Krücke, die nicht einmal Frankreich und Deutschland eingehalten haben. Dass jetzt alle wegen Griechenland überrascht sind, ist eine Ausrede. Griechenland steht für das schlechteste Krisenmanagement in den letzten 40 Jahren. Wir haben weggeschaut und uns dadurch noch weiter hineinmanövriert in die Notfalltherapie. Jetzt brauchen wir eine tiefgreifende Genesungstherapie. Nicht die Griechen, die den Deutschen U-

Boote abkaufen, sind die allein sündhaften und die andern die allein tugendhaften.

Was waren unsere Sünden in den vergangenen 20, 25 Jahren?

Wir haben seit 20 Jahren die öffentlichen Haushalte quantitativ wie qualitativ verpludert lassen. Wir haben bei guter Konjunktur Konsum auf Pump finanziert, das ist nicht Keynesismus, sondern Misswirtschaft. Qualitativ haben wir immer mehr in Transfer und Besoldungsausgaben gesteckt statt in die Zukunft zu investieren.

Wie würden Sie das Budget konsolidieren?

Dazu brauchen wir Wachstum und Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung. Das ist wie mit einem Bauer, der auch Saatgut aussäen muss, um ernten zu können. Im Wettbewerb werden wir nur über niedrige Lohnstückkosten durch hohe Produktivität bestehen, was wiederum Qualifikation, Ausbildung und Innovation benötigt. Wir brauchen eine Fülle von Maßnahmen – in einem Paket zusammengefasst.

Was zum Beispiel?

Wir müssen endlich das gesetzliche Pensionsantrittsalter einhalten. Die Hacklerregelung ist unnötig, wir haben viel zu viele Spitäler, die nicht alle auf der Höhe der Zeit sind, in jedem Bundesland haben wir Militärkommandos. Der Wohlfahrtsstaat wurde überfordert, das müssen wir korrigieren. Wir brauchen einen Ausgleich zwischengeschütztem Sektor, der oft einer Privilegien-Hängematte gleicht, und ungeschütztem Sektor.

Geschützter Sektor heiße Gemeinden, Länder, Bund?

Genau. Schauen Sie sich das Dienstrecht bei Post, Telekom Austria oder Bundesheer an. Da scheiden Leute künstlich in die Frührenten aus. Die Bediensteten in den Ländern sind privilegiierter als die Bediensteten im Bund, die wiederum sind privilegiierter als die Arbeiter und die wiederum privilegiierter als die Leiharbeiter. Das ist weder solidarisch noch sozial. Wenn ein gut bezahlter Schichtarbeiter etwa der Voest seine arbeitslosen Nachbarn sieht, die mit ein bissl Pfüsch nicht viel weniger verdienen als er, dann brauchen sich die Großparteien nicht wundern, dass ihnen die Leute davonlaufen. Hier zu reformieren hat nichts mit Sozialabbau zu tun.

„Es ist unsere verdammte Pflicht, zu sparen. Zu Tode gespart, ist aber auch gestorben“

Auch die Steuerquote ist zum Davonlaufen.

Warum die Schweiz mit einer Steuerbelastung von 30 Prozent auskommt und wir mit 43 Prozent nicht auskommen, ist nicht einzusehen. Wir haben eine überzogene Progression und steigen bei einem Bruttogehalt von 1800 € Monatsgehalt mit einer Steuerquote von 36 Prozent ein.

Sie haben auch schon über eine Erhöhung der Mineralölsteuer nachgedacht.

Unsere Nachbarn haben durchwegs höhere Treibstoffpreise, 20 Cent mehr pro Liter wären also durchaus in

Ordnung. Aber noch einmal: Ansetzen müssen wir beim Einsparpotenzial, das Rechnungshof und Wifo mit elf Milliarden € beziffern. Es ist unsere verdammte Pflicht, zu sparen. Nur: Zu Tode gespart, ist auch gestorben. Schuldenbremse kann schnell auch Wachstumsbremse bedeuten. Das heißt für die EU: Augenmaß bei der Therapie. Mit den öffentlichen Krediten ist es wie mit den Medikamenten. Paracelsus wusste, je nach Dosierung kann ein Medikament auch zu Gift werden.

Der Kanzler und sein Vize sind sich europaweit gesehen in Sachen Finanztransaktionssteuer einig. Was sagen Sie dazu?

Wie diese konkret aussehen soll, ist noch offen. Wenn diese auf die Wiedereinführung der Börseumsatzsteuer hinauslaufen soll, die 150 Millionen € gebracht hat, dann wäre das nur eine Placebo-Maßnahme. Wir drücken uns vor der wirklichen Therapie. Wollen wir nicht dauernd die Sirtaki-Melodie im Hintergrund haben, müssen wir aufhören, uns in die eigene Tasche zu lügen.

War die Rettung der Banken, vor allem der Hypo Alpe Adria, nicht auch verlogen?

Die Hypo hätten wir nicht retten brauchen. Wir haben Kärnten und die Kreditwürdigkeit der Republik gerettet. Wir haben ja auch nicht Griechenland gerettet, sondern unsere eigenen Banken. Wäre Griechenland pleitegegangen, wären deutsche (50 Mrd. € Kredite), französische (70 Mrd. €) und österreichische Banken (5 Mrd. €) pleitegegangen.

Das Interview führte ESTHER MITTERSTIELER
esther.mitterstieler@wirtschaftsblatt.at

Leitl und Faymann im Steuer-Einklang

WKÖ-Chef Christoph Leitl bekam gestern Rückenwind von ungewohnter Seite: Bundeskanzler Werner Faymann zitierte den WKÖ-Boss in Sachen Finanztransaktionssteuer. Faymann bekräftigte bei der SP-Klubklausur in Frauenkirchen die Forderung nach einer Regulierung der Finanzmärkte und nach sozial gerechten Einnahmen für den Staat. Klappert es auf EU-Ebene nicht, sollte Österreich eine Finanztransaktionssteuer auch im Alleingang einführen: „Wenn wir auf nationaler Ebene tätig werden müssen, werden wir es auch tun.“

Das Budget müsse konsolidiert werden. Die von der SPÖ vorgeschlagenen Maßnahmen der Finanztransaktionssteuer, der Bankenabgabe, der Schließung von Steuerschlupflöchern oder der Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern

machten eine Erhöhung von Massensteuern nicht notwendig, sagt Faymann.

Ökosteuern im Blick

Skeptisch ist der Kanzler bezüglich Ökosteuern, die die ÖVP andenkt. Man werde „sehr genau unter die Lupe nehmen“, was unter dieser Ökologisierung gemeint sei, so Faymann. Die Maßnahmen müssten „sozial verträglich“ sein. Bevor Benzin so teuer werde, dass die Pendler nicht mehr zur Arbeit fahren könnten, müsse man in Forschung und Entwicklung investieren. Der Grüne Budgetsprecher Werner Kogler zweifelt an der Glaubwürdigkeit Faymanns in dieser Sache und meint: „Optimal wäre eine europäische Finanztransaktionssteuer, sinnvoll und möglich ist sie in Form einer Börseumsatzsteuer auch für Österreich allein.“ (est, apa)



Kanzler **Werner Faymann** ist für eine Finanztransaktionssteuer – wie sie konkret aussehen soll, ist nicht klar